

Symposien des Hans-Bredow-Instituts

Band 18

# Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen

Herausgegeben von Otfried Jarren und Friedrich Krotz

Mit Beiträgen von U. Adelt, K. Beck, M. Bullinger,  
J. Gerhards, H. Hege, W. Hoffmann-Riem, O. Jarren,  
F. Krotz, W. R. Langenbucher, S. Müller-Doohm, M. Niesel,  
M. Schacht, M. Schächter, A. Scharf, K. Schrape, W. Schulz,  
A. M. Theis-Berglmair



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden/Hamburg

## Inhalt

Vorwort . . . . .	7
<b>I. Einleitung</b>	
<i>Otfried Jarren</i> Digitaler Rundfunk und medienpolitische Regulierung. Einige Diskussionsbemerkungen . . . . .	11
<b>II. Makroperspektive: Medienstruktur und Öffentlichkeit</b>	
<i>Jürgen Gerhards</i> Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen . .	25
<i>Stefan Müller-Doohm</i> Öffentlichkeit und die Ausdifferenzierung des Systems der Kommunika- tionsmedien . . . . .	49
<i>Winfried Schulz</i> In der expandierenden Medienöffentlichkeit verdüstert sich das Bild der Politik. Folgen der Informationsnutzung unter Vielkanalbedingungen .	62
<b>III. Mikroperspektive: Mediennutzungsverhalten und Öffentlichkeit</b>	
<i>Friedrich Krotz</i> Öffentlichkeit aus Sicht des Publikums . . . . .	95
<i>Manfred Niesel</i> Öffentlichkeit unter Vielkanal-Bedingungen: Zur Differenzierung von Me- diennutzung . . . . .	118
<i>Klaus Beck</i> Öffnung der Schule – Nutzung und Nutzen »neuer Medien« im Bildungs- bereich aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht . . . . .	131

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen / hrsg. von Otfried Jarren und Fried-  
rich Krotz. Mit Beitr. von U. Adelt ... – 1. Aufl. – Baden-Baden; Hamburg : Nomos  
Verl.-Ges., 1998

(Symposien des Hans-Bredow-Instituts ; Bd. 18)

ISBN 3-7890-5371-6

1. Auflage 1998

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998. Printed in Germany. Alle Rech-  
te, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und  
der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen<sup>1</sup>

*Jürgen Gerhards*

Die Entstehung und die Konjunktur von Begriffen hat sehr häufig gesellschaftliche Ursachen. Forschungen aus dem Bereich der historischen Semantik haben dies an vielen Beispielen gezeigt. Für den Begriff der Öffentlichkeit weiß man – vor allem seit der Dissertation von Lucian Hölscher (1979) –, daß das Wort Öffentlichkeit erst im 18. Jahrhundert aus dem Adjektiv öffentlich gebildet wurde, und von Beginn an mit der Forderung nach Öffentlichkeit staatlicher Belange und einer Demokratisierung der Gesellschaft verbunden war. Die Semantik des Begriffs der Öffentlichkeit ist ein Produkt der Aufklärung und umfaßt von Anfang an neben einer deskriptiven Bedeutung ein normatives Element: Die Dinge des Staates sollen offen, d. h. der Allgemeinheit zugänglich sein, sie sollen an die Willensbildungsprozesse der Bürger und an deren Meinungen gebunden werden (vgl. Gerhards und Neidhardt 1990).

Damit wird der Begriff der Öffentlichkeit in einem Wortfeld plaziert, das durch die Begriffe Demokratie, Bürger, Bürgerrechte, Politik, Staat und Kontrolle gekennzeichnet ist. Konzepte und Theorien von Öffentlichkeit waren und sind bis heute Bestandteile weiter gefaßter Vorstellungen darüber, wie das politische System als demokratisches System verfaßt sein soll. Theorien der Öffentlichkeit sind historisch, aber auch in der gegenwärtigen Diskussion in aller Regel verbunden mit Theorien der Demokratie. Der Begriff der Öffentlichkeit bezeichnet entsprechend von allem Anfang an eine politische Öffentlichkeit (und nicht bzw. weniger eine Kunst-, Wissenschafts- oder Wirtschaftsöffentlichkeit). Der Begriff der Öffentlichkeit ist zum anderen auf normative Fragen, wie denn Öffentlichkeit beschaffen sein soll und nach welchen Kriterien man die Güte von Öffentlichkeit beurteilen kann, bezogen. Der wissenschaftliche Ort, an dem die Diskussionen zum Thema Öffentlichkeit stattfanden und weiterhin stattfinden, ist nicht in erster Linie die Publizistik und die Kommunikations- und Medienwissenschaft, sondern die allgemeine Gesellschaftstheorie, die Demokratietheorie und die politische Philosophie. Wenn man über Konzeptionen von Öffentlichkeit diskutieren will, dann muß man sich in diese abstrakten Gefilde von Theorien begeben.

Verfolgt man die Hauptentwicklungslinien unterschiedlicher Öffentlichkeitsvorstellungen bis in die Gegenwart und übersieht man für die Zwecke einer Systematisierung und Stilisierung die vielen Variationen und Verästelungen, die sich vom

<sup>1</sup> Der Aufsatz bezieht sich auf eine andere Arbeit des Autors (Gerhards 1997) und entwickelt die dort entwickelten Überlegungen weiter. Der Vortragsstil wurde für die Schriftfassung weitgehend beibehalten.

Stamm des Theoriebaums zum Thema Öffentlichkeit abzweigen, dann lassen sich zwei als Idealtypen beschreibbare Konzeptionen von Öffentlichkeit unterscheiden: eine liberale Vorstellung von Öffentlichkeit und eine republikanisch-diskursive Vorstellung von Öffentlichkeit. Bei beiden Modellen handelt es sich um normative Vorstellungen von Öffentlichkeit, die jeweils begründen, wie Öffentlichkeit beschaffen sein soll. Ich möchte hier nicht die Ursprünge und die Entwicklungslinien dieser beiden Öffentlichkeitsvorstellungen rekonstruieren, die auf Immanuel Kant, Jean-Jacques Rousseau, John Locke, John Stuart Mill, Hannah Arendt und Joseph A. Schumpeter u. a. zurückgehen, sondern beziehe mich auf die gegenwärtige Diskussionsslage in der Demokratietheorie und in der politischen Philosophie, und dort auf die jeweils prominentesten Vertreter. Bei der Diskussion eines republikanisch-diskursiven Modells beziehe ich mich auf die jüngeren Arbeiten von Jürgen Habermas, zur Beschreibung des liberalen Modells auf die liberale Demokratietheorie und systemtheoretische Beschreibungen von Öffentlichkeit.

Die Bestimmungselemente des republikanisch-diskursiven Modells von Öffentlichkeit werden in einem ersten Schritt erläutert; die Explikation des liberalen Modells von Öffentlichkeit steht im Mittelpunkt des zweiten Schritts meiner Ausführungen. Nach dieser Reise in die abstrakte politische Philosophie werde ich in einem dritten Schritt dann Bodenkontakt mit empirischen Fragen aufnehmen, um nach der Relevanz der beiden erläuterten Öffentlichkeitskonzepte für die Beschreibung gegenwärtiger und zukünftiger Medienbedingungen zu fragen.

Beide Konzepte von Öffentlichkeit, das republikanisch-diskursive und das liberale Modell haben gemeinsam, daß sie die Funktion von Öffentlichkeit innerhalb einer Modellvorstellung von Demokratie diskutieren und beide gehen von einem ähnlichen Modell des demokratischen Prozesses aus. Demokratie bedeutet bekanntlich Herrschaft des Volkes. Das legitimatorische Kernproblem und Kernparadox von Demokratien besteht darin, daß sie unter Bedingungen von Flächenstaaten ohne Ausdifferenzierung von Herrschaftspositionen nicht auskommen und damit sich in Herrschaftsträger und Herrschaftsunterworfenen unterscheiden, zugleich aber an dem Prinzip der Volksherrschaft festhalten. In westlich industrialisierten Gesellschaften haben sich allein repräsentative Demokratien unterschiedlicher Verfaßtheit durchgesetzt, die dieses Paradox versuchen zu entparadoxieren: Deren Grundprinzip besteht in der Delegation von Herrschaftsmöglichkeiten *auf Zeit* auf – durch allgemeine und gleiche Wahlen ausgewählte – Repräsentanten. Die Herrschaftsträger sind befugt, allgemein verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen, können aber zugleich bei der nächsten Wahl von den Herrschaftspositionen wieder entlassen werden, wenn die Bürger den Eindruck haben, daß ihre Interessen nicht durch die gewählten Vertreter repräsentiert werden. Notwendiger Bestandteil dieses Strukturprinzips ist die Existenz einer politischen Öffentlichkeit. Die Vermittlung zwischen Herrschaftsträgern einerseits und Herrschaftsunterworfenen andererseits erfolgt über öffentliche Kommunikation. Die

Herrschaftsträger, die in der Wahldemokratie an Wahlentscheidungen der Bürger gekoppelt sind, erfahren erst von den Wünschen und Präferenzen der Bürger aus der Beobachtung der öffentlich geäußerten Wünsche. Die Bürger wiederum erfahren erst von den unterschiedlichen Programmen und Inhalten einer Politik von den Herrschaftsträgern und denen, die es werden wollen (Opposition), über Beobachtung der öffentlichen Kommunikationen dieser Akteure (vgl. Gerhards 1994). Politische Öffentlichkeit gehört damit zur Grundausstattung einer jeden Demokratie. Von dieser Vorstellung gehen sowohl liberale als auch diskursive Vorstellungen von Öffentlichkeit aus, wenn auch die Beschreibung in unterschiedlichen Begriffen erfolgt. Sie unterscheiden sich aber entschieden in den Ansprüchen, die sie an öffentliche Kommunikationen stellen. Das liberale Modell von Öffentlichkeit ist dabei das weniger anspruchsvolle Modell von Öffentlichkeit, das diskursive Modell umschließt bezüglich vieler Kriterien die Merkmale liberaler Öffentlichkeit und geht zugleich darüber hinaus.

### 1. Das diskursiv-republikanische Öffentlichkeitsmodell

Betrachten wir zuerst das republikanisch-diskursive Modell von Öffentlichkeit, wie es wohl am ausgefeiltesten und anspruchsvollsten von Jürgen Habermas entwickelt wurde. Jürgen Habermas hat mit seinem diskursiven Modell von Öffentlichkeit die theoretischen Diskussionen zum Thema Öffentlichkeit nicht nur im deutschsprachigen Raum ganz dominant bestimmt. Seine 1962 publizierte historische Studie über den Strukturwandel der Öffentlichkeit ist in den Geisteswissenschaften fast zu einem Lehrbuch aufgestiegen. 30 Jahre nach der Publikation des Strukturwandels der Öffentlichkeit ist Habermas in den letzten Jahren zum Ausgangspunkt seiner Idee von Öffentlichkeit zurückgekehrt (Habermas 1989; 1992; 1992a). Ich werde mich im folgenden vor allem an dem Modell diskursiver Öffentlichkeit orientieren, wie es in der Monographie »Faktizität und Geltung« (Habermas 1992) entwickelt wurde.<sup>2</sup>

Habermas plaziert seine Vorstellung von Öffentlichkeit topographisch innerhalb eines Modells eines demokratischen politischen Systems. Entlang eines Verlaufsmodells der Politikherstellung unterscheidet Habermas zwischen dem Zentrum und der Peripherie des politischen Systems.

Das *Zentrum* des politischen Systems besteht aus der Exekutiven, der Legislativen, dem Gerichtswesen und den Parteien. Die *Peripherie* des politischen Systems, von der aus Interessen und Themen definiert werden, untergliedert Habermas nochmals in verschiedene Akteursgruppen: a) die Bürger als individuelle Akteure, die die Herrschaftsträger wählen und die entscheidenden Einfluß auf die Entscheidungs-

<sup>2</sup> Eine sehr gute Darstellung und Kritik der Habermasschen Theorie von Öffentlichkeit findet sich bei Bernhard Peters (1994).

gen der Herrschaftsträger haben sollen; die kollektiven Akteure der Interessengruppen der Bürger, die Habermas nochmals in b) Akteure der Zivilgesellschaft und c) vermachtete Akteure der Peripherie unterteilt. Akteure der Zivilgesellschaft sind die spontan entstandenen Vereinigungen und Organisationen und sozialen Bewegungen; diese sind durch eine offene und egalitäre Organisationsform gekennzeichnet, sind bürgernah organisiert und vertreten universelle Interessen. Unter die Kategorie »Vermachtete Akteure der Peripherie« subsumiert er die großen Interessengruppen und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmerverbände vor allem. Vermachtete Akteure der Peripherie sind durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Sie haben eine professionelle Organisationsstruktur ausgebildet und vertreten Partikularinteressen.

Öffentlichkeit wird als ein intermediärer Bereich zwischen dem Zentrum und der Peripherie verortet. Öffentlichkeit ist ein kommunikativer Raum, der öffentliche Veranstaltungen, einfache Interaktionen zwischen Menschen aber auch die Massenmedien umfaßt. Habermas schließt die massenmediale Öffentlichkeit explizit in sein Konzept von Öffentlichkeit mit ein und betont, daß eine breite Zirkulation öffentlicher Kommunikation eine notwendige Bedingung für eine hinreichende Inklusion aller Beteiligten ist.

Demokratische Willensbildung bedeutet nun idealiter, daß die Willensbildungsprozesse in der Peripherie starten, indem kollektive Akteure die Interessen der Bürger im öffentlichen Raum artikulieren, diese dann von den Parteien aufgegriffen, in Gesetzesvorlagen transformiert, verabschiedet und dann implementiert werden. Nur durch diese Bindung der Herrschaftsträger an die Willensbildungen der Herrschaftsunterworfenen ist Demokratie, die das Paradox leisten muß, Herrschaftsträger auszudifferenzieren und zugleich die Herrschaft aller sein soll, möglich.

Nun geht Habermas davon aus, daß die Anbindungen *aller* politischen Entscheidungen an die Willensbildungsprozesse der Peripherie und an eine öffentliche Kommunikation aus rein pragmatischen, komplexitätsvermeidenden Gründen nicht möglich ist. Entsprechend läuft der größte Teil der politischen Entscheidungen im Zentrum der Politik nach Routinen, gleichsam ohne Input durch die Peripherie und ohne öffentliche Kommunikation. Entscheidend ist aber – so Habermas –, daß im Konfliktfall die Herstellung von Entscheidungen im Zentrum rückgekoppelt ist an die Meinungen und Willensbildungsprozesse in der Peripherie und an eine öffentliche Kommunikation.

Die republikanisch-diskursive Theorie der Öffentlichkeit ist eine normative Theorie der Öffentlichkeit. Je nachdem, wer und wie in der Öffentlichkeit diskutiert wird, unterscheidet Habermas eine autochthone von einer vermachteten Öffentlichkeit. Wie unterscheiden sich die beiden Öffentlichkeiten voneinander? Drei Kriterien sind hier von Relevanz:

a) Wer kommuniziert? Öffentlichkeit soll offen sein für alle Bürger einer Gesellschaft. Eine autochthone Öffentlichkeit unterscheidet sich von einer vermachteten Öffentlichkeit bezüglich der Frage, in welcher Repräsentanz die einzelnen Akteure zu Wort kommen sollen. Eine autochthone Öffentlichkeit wird beherrscht von den Akteuren der Peripherie des politischen Systems und innerhalb dieser Klasse von den Bürgern selbst oder den Akteuren, die man der Zivilgesellschaft zurechnet, die also bürgernah organisiert sind. Eine vermachtete Öffentlichkeit wird hingegen bestimmt durch die Akteure des Zentrums der Politik oder von den vermachteten Akteuren der Peripherie. Diese greifen der Diskussion auf der Inputseite vorweg und besorgen sich mit ihren kommunikativen Beiträgen die Legitimation, die sie brauchen können. Das diskursive Modell plädiert also für eine Dominanz der Bürger in der Öffentlichkeit bzw. von kollektiven Akteuren, die bürgernah organisiert sind. Eine Dominanz der gut organisierten Akteure der Peripherie und des Zentrums der Politik führt nicht zu einer authentischen Willensbildung.

b) Wie soll kommuniziert werden? Habermas nimmt zur Bestimmung der Qualität des Diskurses frühere Überlegungen seiner Theorie des kommunikativen Handelns (1981) und der Universalpragmatik auf. In diesen Arbeiten hatte Habermas versucht zu zeigen, daß sich auch für die Behandlung normativer Fragen Kriterien formulieren lassen, nach denen über normative Fragen entschieden werden kann. Habermas überträgt diese philosophischen Begründungen auf sein Konzept der Öffentlichkeit. In einer autochthonen Öffentlichkeit vollziehen sich die Diskussionen in einer argumentativen Form, »also durch den geregelten Austausch von Informationen und Gründen«. Akteure formulieren nicht nur Forderungen, sondern legitimieren diese Forderungen mit guten Gründen. Sie arbeiten nicht mit rhetorischen Tricks, sondern führen rational nachvollziehbare Gründe an und wägen diese gegenüber anderen Begründungen und Forderungen ab; erst ein solcher Austausch von Forderungen und Gründen verdient den Namen Diskurs. Kommunikationen in einer autochthonen Öffentlichkeit bewegen sich entsprechend auf einem hohen, die in einer vermachteten Öffentlichkeit auf einem niedrigen Rationalitätsniveau.

Die Art der Kommunikation und das Diskursniveau wird wiederum im hohen Maße bestimmt durch den jeweiligen Kommunikator, das »wie« der Kommunikation wird geprägt durch das »wer« der Kommunikation. Habermas geht davon aus, daß sich die Bürger und die bürgernahen Akteure der Zivilgesellschaft anders kommunikativ verhalten als die Akteure des Zentrums. Akteure der Zivilgesellschaft sind im Gegensatz zu den Akteuren des Zentrums frei davon, Entscheidungen fallen zu müssen, und frei von ideologischen Einengungen. Dies macht sie frei, Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen. Akteure des Zentrums der Politik sind hingegen eingespannt in die Restriktionen ihrer Rollendefinitionen und die Ideologien ihrer Parteien und Interessengruppen. Sie sind nicht frei von internen und externen Zwängen und dies verhindert ein

freies Reden und die Prüfung von Normen auf ihre Legitimität hin. Insofern verbindet Habermas mit einer autochthonen Öffentlichkeit und der Dominanz der Akteure der Zivilgesellschaft die Hypothese, daß sich die Diskussion diskursiver und auf einem höheren Rationalitätsniveau als in einer vermachteten Öffentlichkeit abspielen wird.

c) Welche Effekte ergeben sich aus den Kommunikationen? Am Ende der Diskussion einer autochthonen Öffentlichkeit steht ein diskursiv geprüfter Konsens, zumindest eine diskursiv abgeschliffene Mehrheitsmeinung. Aufgrund der öffentlichen Diskussionen haben sich die Positionen angenähert, haben sich bestimmte, nämlich bessere Argumente durchgesetzt, ist die Übereinstimmung zwischen verschiedenen Akteuren, wenn schon nicht absolut geworden, so doch gestiegen. Am Ende einer Diskussion einer vermachteten Öffentlichkeit steht hingegen eine administrativ erzeugte Meinung, eine beschaffte Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik. Diskursiv hergestellte Konsense oder Mehrheitsentscheide können im Unterschied zu einer hergestellten Zustimmung für sich den Anspruch reklamieren, legitimierte Entscheidungen zu sein. Habermas sieht einen weiteren positiven Effekt diskursiver Verfahren der Willensbildung: Diskursive Verfahren in einer autochthonen Öffentlichkeit haben gemeinschaftsbildende Funktionen. Die Bürger einer Gesellschaft erfahren, daß sie die Belange ihrer Gesellschaft mitbestimmen können und entwickeln so eine Identifikation mit den Strukturen ihrer Gesellschaft und konstituieren auf diesem Wege die Gemeinschaft der Gesellschaft.

## 2. Das liberale Öffentlichkeitsmodell

Das Modell einer liberalen Öffentlichkeit ist ebenso wie das Konzept einer diskursiven Öffentlichkeit eine normative Theorie. Systemtheoretische Überlegungen zur Öffentlichkeit und zu den Massenmedien einerseits und Konzepte liberaler Demokratietheorie andererseits bilden die theoretischen Bezugspunkte einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit. Die liberale Demokratietheorie mißt Öffentlichkeit insgesamt eine nicht sehr gewichtige Rolle zu; die Ansprüche, die an Öffentlichkeit gestellt werden, sind bescheiden. Von den Theoretikern liberaler Demokratiemodelle hat Bruce Ackerman (1980; 1989) wohl am stärksten Fragen der Funktion von Öffentlichkeit und normative Kriterien öffentlicher Kommunikation aufgenommen und dies auch in unmittelbarer Auseinandersetzung mit Habermas.

Die Unterschiede zwischen dem Modell einer diskursiven und einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit beziehen sich in erster Linie auf die von Habermas definierten normativen Gütekriterien des öffentlichen Diskurses, nicht hingegen auf die Formulierung des demokratietheoretischen Paradox und die topographische

Bestimmung und Verortung von Öffentlichkeit. Zentrale Unterschiede zwischen einem diskursiven und einem liberalen Modell von Öffentlichkeit ergeben sich im Hinblick auf die normativen Fragestellungen a) welche Akteure in der öffentlichen Diskussion sichtbar werden sollen, b) wie kommuniziert werden soll und c) welche Effekte man von öffentlichen Kommunikationen erwarten kann.

a) Auch für das liberale Öffentlichkeitsmodell gilt das Postulat, daß Öffentlichkeit für alle Bürger zugänglich sein soll. Nur so kann Öffentlichkeit ihre Funktion erfüllen, Herrschaftsträger auf Zeit (Zentrum) und Herrschaftsunterworfenen (Peripherie) miteinander zu verkoppeln. Wir hatten gesehen, daß die autochthone Öffentlichkeit nach Habermas eine von den Bürgern und den bürgernahen Akteuren der Zivilgesellschaft beherrschte Öffentlichkeit sein soll. Eine liberale Vorstellung von Öffentlichkeit geht davon aus, daß Öffentlichkeit eine repräsentative Öffentlichkeit sein soll. Das Kriterium der Repräsentanz der Bürger wird übersetzt in das einer Stellvertreterrepräsentanz. Ralf Dahrendorf (1967) hat in Abgrenzung zu Habermas und mit Bezug auf ein Modell einer repräsentativen Demokratie betont, daß eine dauerhafte Beteiligung aller Bürger nicht nur utopisch, sondern auch nicht wünschenswert sei, daß es statt dessen auf eine institutionelle Möglichkeit der Teilnahme kollektiver Akteure ankommt, die die Interessen der Bürger vertreten. Öffentlichkeit wird verstanden als repräsentative Öffentlichkeit.

In welchem Verhältnis sollen aber die einzelnen Akteure repräsentiert sein? Aus der Perspektive einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit lassen sich keine guten Gründe für eine Überrepräsentanz der Akteure der Zivilgesellschaft finden. Hier geht man von dem allgemeinen Grundsatz aus, daß die Stärke der Repräsentanz der kollektiven Akteure in der öffentlichen Arena die Stärke der Interessenlagen der Bürger spiegeln sollte. Gerade für die meisten Akteure des Zentrums der Politik gilt aber, daß sie demokratisch, über Wahlen legitimierte Akteure sind. Es gibt nun in den verschiedenen Verfahren der Interessenvermittlung aus der Perspektive der liberalen Öffentlichkeitstheorie kein gerechteres Verfahren der Interessenabbildung und der Interessenaggregation als das dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu Grunde liegende Prinzip des »one man one vote«, weil hier jeder Bürger mit seinen Präferenzen dasselbe Gewicht erfährt. Insofern können die kollektiven Akteure, die durch Wahlen legitimiert sind, auch eine besondere Legitimation in der Öffentlichkeit für sich reklamieren. Die Stärke des Zentrums der Politik in der Öffentlichkeit ist aus der Perspektive einer liberalen Öffentlichkeit kein pathologischer Befund, sondern ganz im Gegenteil Ausdruck einer demokratischen Öffentlichkeit.

b) Kriterien der Diskursivität spielen in liberalen Vorstellungen von Demokratie und Öffentlichkeit – sieht man von einer Ausnahme ab – keine Rolle. Ausgangspunkt jeder demokratischen Willensbildung sind die individuellen Präferenzen der einzelnen Bürger, die über Interessengruppen und Parteien Zugang zum politi-

schen Zentrum finden. Demokratische Öffentlichkeit bedeutet, daß die heterogenen Individualwillen, repräsentiert durch die kollektiven Akteure, eine Kommunikationschance erhalten sollen. Öffentlichkeit soll die verschiedenen Meinungen und Deutungen der gesellschaftlichen Akteure abbilden. Wie diese kommunizieren, ob mit oder ohne Argumente, ob mit oder ohne Bezug auf die anderen Sprecher oder auf einem hohen oder geringen Rationalitätsniveau – all dies bleibt den jeweiligen Akteuren selbst überlassen. Es gibt innerhalb einer liberalen Vorstellung von Öffentlichkeit keinen normativen Bezugspunkt, von dem aus man die Kommunikationen eines Akteurs als gut oder schlecht beurteilen kann. Gäbe es diesen, dann wäre die Autonomie des Einzelnen außer Kraft gesetzt, da es eine Instanz geben müßte, die die kommunikativen Beiträge als gut oder schlecht beschreiben könnte. Wichtig ist allein, daß die verschiedenen Positionen und Deutungen eine Marktchance erhalten und somit von den anderen Akteuren und den Bürgern beobachtbar werden. Öffentlichkeit ist dann nichts weiter als der Spiegel der kommunizierten Beiträge einer pluralistischen Gesellschaft, in der die unterschiedlichen Interessen zum Ausdruck kommen sollen.

Gerade weil es aber kein Kriterium gibt, das normative Fragen entscheidbar und bestimmte Kommunikationen als besser oder schlechter klassifizierbar macht, gilt das Gebot, daß Akteure andere Akteure mit jeweilig anderen Positionen respektieren sollen: »... citizens of a liberal state must learn to talk to one another in a way that enables each of them to avoid condemning their own personal morality as evil or false.« (Ackerman 1989: 12). Die Norm des wechselseitigen Respekts ist insofern die einzige Norm im Hinblick auf das Kommunikationsverhalten der Akteure.

c) Die Tatsache, daß Kriterien der Diskursivität in liberalen Vorstellungen von Öffentlichkeit keine Rolle spielen, führt dazu, daß auch die Ansprüche an das Resultat öffentlicher Diskussionen eher bescheiden wirken. Die Erzielung von Konsens ist, geht man von einer Pluralität von Einzelinteressen aus, gerade unter Bedingungen differenzierter Gesellschaften nicht wahrscheinlich und kann für sich auch keine besondere Legitimation reklamieren. Aber auch die Idee einer diskursiv begründeten Mehrheitsmeinung kann für sich nicht mehr Legitimität erzeugen als eine Mehrheitsmeinung, die ohne anspruchsvollen Diskurs zustande gekommen ist. Der öffentlich aggregierte Gesamtwille ergibt sich aus der Aggregation der Individualmeinungen. Qualitätskriterien zur Beurteilung der öffentlichen Äußerungen werden abgelehnt, weil sie eine Instanz der Beurteilung unterstellen müssen, die jenseits der Individuen gelagert ist. Soweit zur Rekonstruktion zwei verschiedener normativer Öffentlichkeitsvorstellungen. Ich möchte im folgenden dritten Punkt meiner Ausführungen die beiden Öffentlichkeitsmodelle auf die Medienbedingungen in der Bundesrepublik beziehen. Ein solcher Versuch ist aus drei Gründen nicht gerade einfach. 1) Die Diskussionen zum Thema Öffentlichkeit sind fast vollständig abgekoppelt von den Dis-

kussionen über die Medienstruktur und die Medienentwicklung. Beide Themenbereiche werden in unterschiedlichen »scientific communities« verhandelt, die jeweils eigene Zeitschriften, eigene Institute und Tagungen ausdifferenziert haben und sich wechselseitig kaum wahrnehmen. 2) Eine Verbindung zwischen beiden Diskussionsbereichen herzustellen, ist aber nicht nur schwierig, weil es kaum Vorarbeiten gibt, sondern auch, weil beide Diskussionen auf sehr unterschiedlicher Abstraktionshöhe geführt werden. Während die Debatte über unterschiedliche Öffentlichkeitsmodelle an den Himmel der Metaphysik angrenzt, sind Diagnosen über die Medienstruktur und deren Entwicklung empirie- und damit bodenbezogen. Die Spannweite zwischen beiden Diskussionen ist enorm. 3) Öffentlichkeits-theorien einerseits und Medienanalysen andererseits konzentrieren sich auf unterschiedliche Aspekte des öffentlichen Kommunikationsprozesses. In den vorgestellten Öffentlichkeitstheorien wird Öffentlichkeit im allgemeinen und mediale Öffentlichkeit im speziellen zwar als intermediäres System zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen den Bürgern und den Entscheidungsträgern verortet, dann aber gleichsam als »black box« behandelt, ohne daß die Struktur der Medien genauer analysiert wird. Umgekehrt scheint für die Medienwissenschaften zu gelten, daß sie in ihren Analysen zu sehr auf die Medien fixiert sind, ohne die Einbettung der Medien in den Kommunikationsablauf zwischen dem Zentrum der Politik und den Bürgern und ihren Interessengruppen im Blick zu haben.

### 3. Diskursive und liberale Öffentlichkeit unter gegenwärtigen Medienbedingungen

Theorien der Öffentlichkeit verstehen unter Öffentlichkeit politische Öffentlichkeit. Ich verstehe unter Öffentlichkeit im folgenden mediale Öffentlichkeit, operationalisiere politische Öffentlichkeit als die Berichterstattung über Politik in den Massenmedien und konzentriere mich dabei vor allem auf das Fernsehen.<sup>3</sup> Im Hinblick auf die Medienbedingungen unterscheide ich drei verschiedene Phasen der Medienentwicklung. Bezüglich jeder Phase möchte ich fragen, inwieweit die für die jeweilige Zeitphase konstitutiven Medienbedingungen eher für das liberale oder eher für das republikanisch-diskursive Modell von Öffentlichkeit sprechen.

3 Dem Fernsehen kommt im Vergleich zur Tageszeitung und dem Radio, zumindest, was die Ebene nationaler und internationaler Politik anbelangt, eine dominante Rolle zu: Seine Reichweite, die von den Bürgern perzipierte Objektivität, Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit der Darstellung erreichen im Vergleich zu den anderen Informationsmedien die höchsten Werte. Die Dominanz des Fernsehens als Informationsübermittler gilt vor allem für den Teil der Gesamtpopulation der Befragten, der in geringem Maße an politischen Dingen interessiert ist. Zum einen spielen für die politisch gering Interessierten die Medien insgesamt im Vergleich zu anderen Kanälen der Informationsübermittlung eine überdurchschnittlich wichtige Rolle. Zum zweiten ist die Nutzung und die Glaubwürdigkeits einschätzung des Fernsehens in dieser Gruppe besonders hoch (vgl. Klingemann 1986: 396 ff.).

### 3.1 Ausdehnung der Inklusion aller Bürger in die fernsehmediale politische Öffentlichkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten

Die erste Phase der Fernsehentwicklung reicht von 1954 bis 1984, ist aber bereits 1974 in der Durchsetzung der Grundprinzipien abgeschlossen. Fast alle Haushalte der Bundesrepublik erhalten die Möglichkeit, fernzusehen. Die Versorgungsdichte der Haushalte mit Fernsehen erreicht 1974 95% der Haushalte (vgl. die aus Kiefer 1987 zusammengestellten Daten in Gerhards 1991; für weitere Entwicklungen vgl. Kiefer 1996); über 2/3 der Bürger nutzen die Möglichkeit, sich via Fernsehen über Politik tagtäglich zu informieren. Dies bedeutet, daß knapp 20 Jahre nach der Einführung des Fernsehens alle Bürger der Bundesrepublik in die mediale Öffentlichkeit inkludiert sind, daß die mediale politische Öffentlichkeit ab diesem Zeitpunkt im Horizont der Rezeption nahezu aller Staatsbürger tagtäglich stattfindet. Ich halte diese Entwicklung für einen gigantischen Siegeszug der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit und für die Verwirklichung eines der Kriterien von Öffentlichkeit, wie es sowohl im liberalen als auch im republikanisch-diskursiven Modell formuliert wird. Winfried Schulz (in diesem Band) hat in Aufnahme von Überlegungen von Elisabeth Noelle-Neumann gezeigt, daß mit dieser Expansion des Fernsehens zugleich das Interesse der Bevölkerung an Politik gestiegen ist.

Die Einführung und Ausdehnung des Fernsehens ist mit drei für die diskutierten Öffentlichkeitsmodelle relevanten Folgen verbunden. Alle drei Folgen sprechen gegen das diskursiv-republikanische Öffentlichkeitsmodell und für das liberale Öffentlichkeitsmodell:

1. Das diskursive und das liberale Öffentlichkeitsmodell gehen davon aus, daß Öffentlichkeit für alle Bürger zugänglich sein soll. Mit der Ausdehnung des Fernsehens und des partizipierenden Publikums wird diese Bedingung erfüllt. Das diskursive Modell stellt zusätzlich noch den Anspruch, daß innerhalb der Öffentlichkeit Kommunikation in der anspruchsvollen Variante eines Diskurses stattfinden soll. *Sollen* setzt aber bekanntlich *Können* voraus. Zwischen einer Inklusion aller Bürger und der Erwartung, daß in der medialen Öffentlichkeit kommuniziert wird, gibt es aber einen Zielkonflikt. Wenn man beide Ziele in ein Modell von Öffentlichkeit integriert, dann wird gleichsam per definitionem eine Überforderung massenmedialer Öffentlichkeit eingeführt, an der diese nur scheitern kann. Versteht man unter Diskurs eine anspruchsvolle Variante von Kommunikation, dann setzt Kommunikation wiederum zuerst einmal nur die *wechselseitige* Bezugnahme von mindestens zwei Akteuren aufeinander voraus. Die Struktur massenmedialer Kommunikation ermöglicht aber keine wechselseitige Bezugnahme der Kommunikationspartner aufeinander. Massenmedien sind dadurch gekennzeichnet, daß sie öffentliche Meinung durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig

an ein disperses Publikum verbreiten, so eine der vielfältigen, in der Substanz aber ähnlichen Definitionen von Massenmedien (vgl. Maletzke 1976: 4). Die Kommunikationsrichtung ist dabei einseitig von den Akteuren, über die Medien an das Publikum gerichtet. Kommunikation im Sinne einer *wechselseitigen* Bezugnahme von Kommunikationspartner aufeinander findet dabei nicht oder kaum statt. Das Publikum des Kommunikationsprozesses hat nur wenig Chancen, auf die medial präsentierten Verlautbarungen selbst mit Kommunikationen zu reagieren. Ihm bleibt in der Regel, sieht man von Leserbriefen ab, allein die »Exit-Option«: Abschalten, nicht Lesen oder nicht Kaufen. Dies sind auch Kommunikationsformen, deren jeweilige Botschaft aber für den Kommunikationspartner in seiner Bedeutung kaum zu dechiffrieren ist. Der Empfänger dieser Kommunikation erfährt nicht die Motive des Abschaltens und die damit verknüpfte Mitteilung; er weiß nicht, auf welchen kommunikativen Beitrag der Bürger sich mit seiner Reaktion bezieht. Die Medien selbst können entsprechend auf die Abwendung des Publikums nicht richtig reagieren, weil sie erst zeitverzögert und nur in Form von Aggregatdaten (Verkaufszahlen und Einschaltquoten) davon erfahren. Kurz: Massenmediale Kommunikation als Kommunikation mit dem Publikum zu beschreiben ist eine Fiktion (Erbring 1993: 62).

2. Daß eine Kommunikation mit dem Publikum massenmedial nicht stattfinden kann, ist aber die Kehrseite der Möglichkeit, möglichst viele Bürger – wenn auch allein rezeptiv – an der Kommunikation zu beteiligen. Die Ausdehnung des Publikums von Kommunikation geht einher mit einer Verringerung der Chance einer wechselseitigen Kommunikation. Eine Ausdehnung des Publikums und die Herstellung wechselseitiger Kommunikation sind nicht mit ein und demselben Medium zu realisieren. Beide Prinzipien sind aber Bestandteile des diskursiv-republikanischen Modells von Öffentlichkeit und insofern aus ein und demselben Wertprinzipien abgeleitet. Die Beteiligung aller ist aber nur zu realisieren, wenn von wechselseitiger Kommunikation auf einseitige Kommunikation umgestellt wird. Das diskursiv-republikanische Modell von Öffentlichkeit überfordert sich insofern selbst, indem es einen Wertzielkonflikt zum Bestandteil des eigenen Modells macht; das liberale Modell von Öffentlichkeit ist diesbezüglich adäquater: Die Inklusion aller Bürger ist das Grundprinzip einer liberal-demokratischen Öffentlichkeit und dies ist mit der Ausdehnung der Inklusion aller Bürger durch die Ausdehnung des Fernsehens gewährleistet. Normative Forderungen an die Kommunikation werden hier nicht formuliert.

3. Neben diesem systematisch-logischen Argument, gibt es ein empirisches Argument, das gegen ein diskursiv-republikanisches Öffentlichkeitsmodell spricht (vgl. Gerhards 1997). Habermas' Plädoyer für eine autochthone Öffentlichkeit und eine Dominanz zivilgesellschaftlicher Akteure ist in erster Linie begründet durch die Vermutung, daß sich die Akteure der zivilgesellschaftlichen Peripherie

andere kommunikativ verhalten als die Akteure des Zentrums. Akteure der Zivilgesellschaft sind im Gegensatz zu den Akteuren des Zentrums frei davon, Entscheidungen fällen zu müssen, frei von ideologischen Einengungen und frei von organisatorischen Eigeninteressen, und dies macht sie frei, Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen, diskursiver und auf einem höheren Rationalitätsniveau zu argumentieren – so die Habermas'sche Vermutung. Genau diesen postulierten Zusammenhang habe ich mit den Daten eines Projekts, in dem wir die öffentliche Debatte über Abtreibungen in der Bundesrepublik im Zeitraum 1970-1994 mit einer systematischen Inhaltsanalyse rekonstruiert haben, überprüft. Empirisch zeigt sich, daß gerade die Akteure der Peripherie und der zivilgesellschaftlichen Peripherie, von denen Habermas ein diskursives Verhalten erwartet, in geringerem Maße Begründungen für ihre Positionen ins Feld führen und auf einem geringeren diskursiven Niveau kommunizieren als die anderen Akteure. Daraus kann man schlußfolgern, daß sich das Diskursniveau eher verschlechtern als verbessern würde, wenn die Akteure der Zivilgesellschaft tatsächlich die dominanten Akteure der Öffentlichkeit wären. Sollte sich dieses Ergebnis in anderen Studien bestätigen lassen, dann ist eine der wesentlichen Annahmen des republikanisch-diskursiven Modells empirisch widerlegt.

### 3.2 Die Dualisierung der Fernsehstruktur

Für die zweite Phase gilt, daß auch weiterhin fast alle Bürger via Fernsehen an der politischen Öffentlichkeit partizipieren; an den beiden Einwänden gegen das republikanisch-diskursive Öffentlichkeitsmodell ändert sich unter den Bedingungen einer dualisierten Rundfunkstruktur nichts. Andere Faktoren aber kommen hinzu. Dualisierung bedeutet, daß das Fernsehangebot durch öffentlich-rechtliche und eine Vielzahl privater Anbieter gleichzeitig und in unterschiedlichen Medienformaten offeriert wird. Wenn ich die Entwicklungen der zweiten Phase des Fernsehens richtig einschätze, dann ist für die Diskussion der beiden Öffentlichkeitsmodelle vor allem ein Merkmal besonders bedeutsam.

Dualisierung führt zu einer Angebotsvergrößerung, so daß die Bürger unter einer Vielzahl an professionellen Anbietern auswählen und selbst entscheiden, welche Medien sie wählen und welchen Programmen sie den Zuspruch geben. Dualisierung hat zugleich einen Einfluß auf die Präsentation von Politik in der politischen Öffentlichkeit. Die Medien sind wie jedes andere System auf irgendeine Form von Selektion angewiesen; sie können nicht die Komplexität der Welt einfach nochmals abbilden. Die Medienforschung hat zu genüge gezeigt, daß Nachrichtenwertfaktoren einen wichtigen Faktor in der Selektion von Nachrichten darstellen. Massenmedien verbreiten Informationen an ein disperses Laienpublikum. Dessen Rezeptionsmotivation ist nicht per se gegeben. Aufmerksamkeit für die von einem Medium verbreiteten Informationen muß vor allem unter Konkurrenzbedingun-

gen erst erzeugt werden. Nachrichtenwertfaktoren sind nun solche Elemente von Informationen, die die Aufmerksamkeit des Publikums sichern.<sup>4</sup>

Aus der Perspektive der vorgestellten Öffentlichkeitsmodelle stellt sich die Frage, ob Nachrichtenwertfaktoren normativ legitimierbare Selektionskriterien sind. Vom Standpunkt einer liberalen Öffentlichkeitsvorstellung ist dies der Fall. Die Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren bei der Auswahl von Informationen ist letztlich eine Orientierung an dem Publikum und seinen Präferenzen. Lutz Erbring (1989: 304) macht dies recht schön deutlich, indem er Meldungen ohne Nachrichtenwertfaktoren formuliert: »Meldungen wie »Kohl seit sechs Jahren Kanzler«, »Diskontsatz unverändert«, »Gestern wieder kein Störfall in Biblis«, »PanAm-Flug aus Berlin sicher gelandet«, »Erbring feiert 50. Geburtstag« verleiten wohl kaum jemanden zum Weiterlesen oder Hinhören«. Solange die Medien sich am Publikum orientieren, wird eine Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren unvermeidlich sein.

Gilt die Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren für alle Medien gleichermaßen, so gewinnen diese mit der Einführung des dualen Rundfunks aber an Bedeutung. Das dominante Strukturprinzip der privaten Sendeanstalten ist allein ihre unmittelbare Abhängigkeit von dem nachfragenden Publikum, das sie befriedigen müssen, wollen sie selber ihr primäres Handlungsziel, Profite zu erwirtschaften, erreichen. Auf der Ebene der Programmgestaltung bedeutet dies eine verstärkte Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren mit dem Ziel der Erhöhung von Einschaltquoten. Damit sind einschlägige, empirisch nachweisbare Folgen verbunden (vgl. vor allem Barbara Pfetsch 1991). Innerhalb des Bereichs der politischen Sendungen ist die massenmediale Darstellung von Politik bei den privaten Anbietern in der Sozial-, Zeit- und Sachdimension zentrierter und verdichteter, als dies für die öffentlich-rechtlichen Sendungen der Fall ist: Der Grad der Personalisierung ist höher (Sozialdimension), komplizierte, über Zeitphasen sich erstreckende Prozesse werden ereignishafter dargestellt (Zeitdimension), komplexe Sachverhalte werden

4 Die Bestimmung von Nachrichtenfaktoren und die Überprüfung ihrer Wirksamkeit haben eine lange Tradition innerhalb der Kommunikationswissenschaften. Der Begriff des Nachrichtenwerts wurde offensichtlich zuerst von Walter Lippmann (1921: 348) verwendet; richtungweisend war dann die Arbeit von Johan Galtung und Mari Ruge (1965); für eine systematische Zusammenfassung des Forschungsstands vgl. Joachim Friedrich Staab (1990). Orientiert man sich an den neueren Arbeiten, kann man folgende – bisweilen mit etwas unhandlichen Begriffen beschriebene – Nachrichtenfaktoren unterscheiden (vgl. Schulz 1976; 1977; Staab 1990): 1. Status der Akteure (Elitenationen; institutioneller Einfluß; Elitepersonen). 2. Relevanz (Nähe des Ereignisses; Ethnozentrismus; Tragweite; Betroffenheit). 3. Dynamik (Überraschung; Ungewißheit; Vorhersehbarkeit; Frequenz). 4. Konsonanz (Stereotypie; Thematisierung; Kontinuität). 5. Valenz (Aggression; Kontroverse; Erfolg; Werte). 6. Human Interest (Personalisierung und Emotionalisierung). Die aufgelisteten Nachrichtenfaktoren dienen zum einen als ein wichtiges Selektionskriterium der massenmedialen Nachrichtenauswahl, zum anderen entscheiden sie mit über den Beachtungsgrad von Meldungen, der seinen Ausdruck in der Länge der Meldung und der Platzierung der Meldung findet. Vgl. zuletzt zum Thema die Arbeit von Christiane Eilders (1996).

simplifizierter und thematisch verkürzter präsentiert (Sachdimension). Negativismus und Konflikthaftigkeit der Politikvermittlung sind weitere Merkmale, die die auf Einschaltquoten fixierten privaten Programme auszeichnen. Es sind genau diese Faktoren, die in der Literatur als bedenklich angesehen werden und die Grundlage für die Kritik an privaten Sendeanstalten bilden.<sup>5</sup>

Die aus der Perspektive der präsentierten Öffentlichkeitsmodelle entscheidende Frage ist aber, für welche Selektivitätskriterien man sich mit welcher Begründung ausspricht. Man kann die Folgen für das in den Medien gezeichnete Bild von Politik bedauern, lassen sie sich aber aus der Perspektive der vorgestellten Öffentlichkeitsmodelle gehaltvoll kritisieren? Aus der Perspektive liberaler Öffentlichkeitsmodelle bedeutet die Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren eine Orientierung an den Präferenzen der Bürger und genau dies ist der einzig legitimierte Bezugspunkt einer politischen Öffentlichkeit. Aus der Perspektive einer diskursiv-republikanischen Öffentlichkeitsvorstellung bedeutet die Orientierung an Nachrichtenwertfaktoren einen Verlust an Diskursniveau einer politischen Öffentlichkeit. Wer aber vermag dies zu beurteilen und mit welchen guten Gründen zu kritisieren? Ich sehe nicht, daß man eine gute Begründung für demokratische Institutionen insgesamt wie für die Medien im speziellen ins Feld führen kann, die es erlauben, hinter die Subjekte zurückzugehen, d. h. eine Legitimation von Prinzipien und Institutionen vorzunehmen, die nicht auf die Bürger als letzte Instanz der Entscheidung und der Legitimation zurückgreifen.

### 3.3 Individualisierung der Massenmedienkommunikation

Die dritte Phase der Medienentwicklung, die mit dem Beginn der 90er Jahre einsetzt, wird von einigen Autoren als Phase der Individualisierung der massenmedialen Kommunikation bezeichnet, die durch die Entwicklung hin zu einer Multimediakommunikation ermöglicht wird.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Max Kaase (1989: 110) faßt die einschlägigen Befunde zusammen: »Politik erscheint (bei den Privaten, J.G.) mehr in unterhaltendem Licht, wird stärker personalisiert als dies ohnehin schon im Fernsehen der Fall war, wird konsensbetonter, gewinnt einen human touch, konzentriert sich auf die zentralen Akteure des Systems und entspricht damit noch weniger als bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der prozessualen Komplexität und Realität der Politik«.

<sup>6</sup> Es gibt verschiedene Szenarien über die Medienentwicklung von verschiedenen eher essayistisch ausgerichteten Theoretikern, die aber einen gemeinsamen Kern haben (vgl. zum folgenden Jäckel 1996: 15 ff.): Richard Maisel (1973) vertritt in seinem Beitrag »The Decline of Mass Media« die These einer drei Stufen Entwicklung der Gesellschaft von einer vorindustriellen, über eine industrielle zu einer postindustriellen Gesellschaft. Während die industrielle Gesellschaft mit der Entwicklung der Massenmedien verbunden ist, ist die postindustrielle Gesellschaft mit einem Bedeutungsverlust der Massenmedien und der Ausdifferenzierung von verschiedenen Spartenprogrammen für fragmentierte Publika verbunden. Ganz ähnliche lautet die These der Entwicklung der Gesellschaft von Alvin Toffler in seiner Abhandlung »The Third Wave« (1980). Die Zukunft im Hinblick auf

Jürgen Wilke (1996) gibt einen guten und sehr differenzierten Überblick über die Entwicklungen im Multimediabereich. Multimedia meint, daß bisher getrennte Kommunikationstechniken miteinander verschmolzen werden, die Unimedien werden in ein Multimediasystem integriert (Wilke 1996: 4). Damit dies möglich wird, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein (vgl. auch Jäckel 1996: 252; Hoffmann-Riem und Vesting 1996): Informationen werden nicht mehr analog, sondern digitalisiert übertragen. Dadurch wird bis zu 95% weniger Kapazität benötigt. Der Empfänger braucht ein Zusatzgerät, das die digitalen Signale wieder in analoge Signale verwandelt und ein Endgerät, das ein Multimediagerät darstellt (Integration von Fernsehen, PC, FAX, Radio, Telefon etc). Schließlich bedarf es einer rechtlichen Deregulierung des Telekommunikationsmarktes. Zwei verschiedene Folgen werden mit dieser Entwicklung verbunden sein, die hier nur stichwortartig wiedergegeben werden:

#### 1. Veränderungen der traditionellen Massenkommunikation

- a) Erhöhung des Programmangebots durch technische Kapazitätserweiterung.
- b) Erhöhung der Wahlmöglichkeiten des Zuschauers (Video on Demand): Der Zuschauer wählt den Zeitpunkt und das Programm, das er sehen möchte und kann innerhalb des gewählten Programms dann wiederum zwischen verschiedenen Alternativen wählen (Zeitupe, Rücklauf, verschiedene Varianten einer Handlung).
- c) Wechsel des Mediums: Ein Teil der Zeitungen ist heute schon zusätzlich über den Bildschirm zu empfangen und dort zu lesen.

#### 2. Erweiterung von interaktiven Kommunikationen

Die Vernetzung der Haushalte ermöglicht Teleshopping, Homebanking, Telelearning, Nutzung kommerzieller Informationsdienste, E-mail, Telearbeit.

Ich möchte die erwartbaren Folgen dieser Veränderungen für die politische Öffentlichkeit diskutieren und gehe dabei zuerst auf die Veränderungen der traditionellen Massenkommunikation ein und dann auf die Erweiterung der interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten.

die Medienentwicklung liegt in der Zunahme individualisierter Medien. Toffler nennt als Indikatoren: die Zunahme spezialisierter Zeitungen und Videorecorder, Bildschirmfontdienste und Kabelfernsehen. Joseph Dominick (1987) schließlich unterscheidet vier Entwicklungsstadien und verlängert damit die Stufeneinteilung von Toffler und Maisel. Nach dem Stadium der Massenkommunikation kommt das Stadium einer spezialisierten Kommunikation, das durch eine fragmentierte Struktur des Publikums und des Kommunikationsangebots gekennzeichnet ist. Dieses Stadium wird wiederum abgelöst durch ein interaktives Stadium: Das Publikum hat einen selektiven Zugriff auf das, was es sehen und hören möchte.

### 3.3.1 Veränderungen der traditionellen Massenkommunikation und die Folgen für eine politische Öffentlichkeit

Die Multimediaentwicklung kann im Hinblick auf eine mediale politische Öffentlichkeit zu folgenden Veränderungen führen: a) Die Entstehung von Flexibilität bezüglich des Zeitpunkts, zu dem die Bürger an der politischen Öffentlichkeit partizipieren möchten. Eine »on demand« Partizipation bedeutet, daß man sich nach Zeit-Gusto die Nachrichten und Informationen ansehen kann, die man möchte. b) Die Entstehung von Flexibilität bezüglich der Themenauswahl der politischen Öffentlichkeit und der Suböffentlichkeiten, an der man partizipieren möchte; man wird sich z. B. auf internationale oder nationale Nachrichten oder auf Wirtschaftsnachrichten konzentrieren können. c) Die Entstehung von Flexibilität im Hinblick auf die Tiefe der Betrachtung und die Partizipation an politischer Öffentlichkeit; man wird sich Zusatz- und Hintergrundinformationen zu einzelnen Themen beschaffen können. Wie lassen sich diese möglichen Entwicklungen vor dem Hintergrund der präsentierten Öffentlichkeitsmodelle interpretieren?<sup>7</sup>

Beide Öffentlichkeitsmodelle gehen davon aus, daß die gesellschaftlich relevanten Themen mit bzw. im Horizont *aller* Bürger diskutiert werden. Die wichtigste Folge, die in der Literatur mit der Einführung des interaktiven Fernsehens bezüglich der Entwicklung einer politischen Öffentlichkeit diskutiert wird, ist die der Auflösung der Massenmedien als *Massenmedien*. Die Individualisierung der Kommunikation führt zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit in eine Vielzahl von Öffentlichkeiten, so daß die relevanten Themen nicht mehr im Horizont *eines* Publikums diskutiert werden. Was ist von dieser Befürchtung zu halten?

Massenmedien sind im Hinblick auf die politische Kommunikation ein Vermittlungssystem zwischen den Bürgern und ihren Interessengruppen einerseits und den kollektiven Akteuren des Zentrums des politischen Systems andererseits. Diese Modellannahme liegt beiden Öffentlichkeitskonzepten zugrunde. Das, was medial vermittelt wird, ist aber in erster Linie extramedial induziert. Dafür gibt es eine Reihe an empirischen Belegen.

Aus der eigenen Forschung sei auf folgende, noch nicht veröffentlichte Analyse verwiesen. Wir haben eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Abtrei-

<sup>7</sup> Wie bei der Einführung vieler technischer Neuerungen scheint auch bei der Diskussion über Multimedia und Interaktives Fernsehen eine Überschätzung der Nutzung einer interaktiven Mediennutzung vorzuliegen. Michael Jäckel (1996: 274) gibt eine Prognose ab bzgl. der Änderung des Nutzungsverhaltens der Zuschauer: 70% der Sehzeit fallen auf die Vollprogramme, 20% auf die Spartenprogramme und 10% auf »Demand« (Pay TV, Video, Demand). Ähnlich argumentieren Wolfgang Hoffmann-Riem und Thomas Vesting (385): zwar lohnt sich ein Pay TV und ein Demand TV schon ab einigen hunderttausend Zuschauer, die Entstehung von sehr vielen von diesen Programmen ist aber eher unwahrscheinlich. Die großen Vollprogramme ARD, ZDF, RTL und SAT 1 verfügen heute über einen Zuschaueranteil von 80%; es hat sich für neue Programme als sehr schwer erwiesen, sich auf dem Markt mit Spartenangeboten zu etablieren.

bungsdebatte in der FAZ und der SZ für den Zeitraum 1970-1994 durchgeführt. Unsere Daten ermöglichen es uns, auf zwei Arten den Grad der extramedialen Agenda-buildings zu rekonstruieren:

a) Wir haben pro Artikel jeweils den Anlaß der Berichterstattung erhoben. Darunter verstehen wir den Anlaß, der den Journalisten dazu motiviert hat, den Artikel zu verfassen. In 95% der Artikel gab es einen extramedialen Anlaß, den Artikel zu schreiben. Die mediale Arena ist dauerhaft in Interaktion mit anderen Arenen der Gesellschaft und vor allem mit der politischen Arena. Ihre eigne Agenda ist nicht selbstbestimmt, sondern wird dominant extern durch andere Systeme und vor allem durch das politische System initiiert. Für andere Systeme der Gesellschaft, wie z.B. die Wissenschaft oder die Kunst, mag gelten, daß sie in erster Linie selbst die Anlässe produzieren, auf die sie dann kommunikativ reagieren. Für die Massenmedien gilt dies sicher nicht: Die Kommunikationen in der medialen Arena sind durch externe Kommunikationsanlässe induziert.

b) Die Tatsache, daß die Anlässe der Kommunikationen in der medialen Arena extramedial induziert werden, sagt noch nichts darüber aus, wer als Sprecher in der medialen Arena auftritt. Wir haben alle Sprecher und die Inhalte ihrer Aussagen, die innerhalb von Artikeln vorkommen, erhoben. In 78,4% aller Aussagen sind es extramediale Akteure vor allem des politischen Systems, die als Sprecher in der medialen Arena auftreten; allein in 21,6% sind es die Journalisten selbst, die zu Wort kommen. Die medienspezifische Leistung in der Bearbeitung der Kommunikationen der extramedialen Sprecher besteht vor allem in der Selektion und Kürzung.

Zeitungen und vor allem Qualitätszeitungen gelten im Vergleich zu Hörfunk und Fernsehen im höheren Maße als meinungsbildende Medien, was bedeutet, daß ihr Eigenbeitrag unabhängig von der extramedialen Arena als relativ hoch einzuschätzen ist. Die am Beispiel von Qualitätszeitungen gewonnenen empirischen Befunde dürften für die anderen Medien und vor allem für das Fernsehen also erst recht gelten.

Massenkommunikationsforscher, die allein die Medien und deren Entwicklung im Blick haben, tendieren dazu, die Bedeutung der Medien zu überschätzen, weil sie die weitgehende Determiniertheit der Medien durch ihre Umwelt und vor allem durch die politische Agenda vernachlässigen oder unterschätzen. Das, was massenmedial an politischem Geschehen beobachtbar wird, ist in erster Linie extramedial bedingt. Veränderungen der Medien müssen nicht unbedingt bedeuten, daß sich die Inhalte der Medienberichterstattung verändern, wenn die extramediale Arena konstant bleibt. Entsprechend gelassen kann man die Entwicklung der Medien hin zu mehr Wahlmöglichkeiten und zu einem »TV on Demand« sehen. Wenn im Hinblick auf das medial dargestellte politische Geschehen gilt, daß dieses extramedial induziert wird (wenn auch nach einer Medienlogik selektiert und be-

arbeitet), dann kann man vermuten, daß – solange die externe Induzierung von Geschehen für unterschiedliche Medien gleich ist – die Bürger auf unterschiedlichen Kanälen Ähnliches sehen können werden, eine gemeinsame Öffentlichkeit also erhalten bleibt. Die Botschaftsbesetzung in Lima, der Wahlkampf in der Bundesrepublik, französische Atomtests im Pazifik sind auf RTL, ARD und möglicherweise »on demand«, wenn auch nicht gleiche, so doch ähnliche Ereignisse. Politische Öffentlichkeit ist zwar eine medial vermittelte Öffentlichkeit, sie erhält ihre Themen, Positionen und Argumente aber dominant aus dem politischen System. Die Möglichkeiten, »on demand« zu sehen, bedeutet eine zeitlich kurzfristige Fragmentierung des Publikums, nicht aber, daß die Menschen in unterschiedlichen politischen Welten leben werden, so lange das politische System sich nicht fragmentiert. Insofern halte ich die Befürchtung einer Fragmentierung der politischen medialen Öffentlichkeit für keine adäquate Zukunftsbeschreibung.

### 3.3.2 Erweiterung von interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten

Die Ausdehnung der Möglichkeit, über elektronische Post weltweit mit anderen Personen zu kommunizieren, Diskussionsforen einzurichten und zugleich eigene Vorstellungen auf einer Homepage im World Wide Web allen anderen Kommunikationspartnern zur Verfügung zu stellen, hat Folgen für die politische Öffentlichkeit und dies in zweierlei Hinsicht.

Die Verbreitung von E-mail und der Selbstdarstellung per Netz erhöht die Möglichkeit der unmittelbaren Kommunikation zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern. Martin Hagen (1996) berichtet ausführlich über die einschlägigen Entwicklungen in den USA. Die Akteure des Zentrums der Politik stellen sich selbst, ihre gesetzlichen Vorhaben und Programme und verabschiedeten Gesetze über das Netz interessierten Bürgern zur Verfügung. Umgekehrt sind die Entscheidungsträger per E-mail für die Bürger und ihre Meinungen und Forderungen erreichbar. Die Hälfte der amerikanischen Senatoren sind mittlerweile per Netz zu erreichen (vgl. Hagen 1996: 74). Dadurch wird eine unmittelbare Kommunikation zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern erleichtert. Diese neuen Möglichkeiten werden gerade von Vertretern einer direkten, partizipatorischen Demokratie begrüßt. Einer ihrer prominentesten Vertreter, Benjamin Barber, formuliert die Hoffnung, daß unter den Bedingungen neuerer Kommunikationstechnologien seine Vorstellungen einer partizipatorischen Demokratie höhere Chancen der Realisierung erfahren werden. »Technology crosses time and space and makes possible national forums of participation. Traditionally we have looked upon politics as a spectator sport. Now the interactive possibilities of technology are considerable« (Barber 1996: 6).

Neben diesen veränderten Möglichkeiten der direkten Meinungsäußerung, bei der es sich insofern nicht um eine öffentliche, sondern um eine bilaterale Kommunika-

tionsform handelt, als sie nicht im Horizont eines beobachtenden Publikums stattfindet, ermöglicht die elektronische Kommunikation zum zweiten auch die Konstitution von neuen öffentlichen Diskussionsforen. Wir haben an anderer Stelle verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit unterschieden, die von einfachen Interaktionsöffentlichkeiten zwischen Anwesenden bis hin zu der organisierten massenmedialen Öffentlichkeit reichen (Gerhards und Neidhardt 1990). Diskussionsforen im Internet stellen eine neue Form von Interaktionsöffentlichkeit dar. Sie lassen sich als virtuelle Interaktionsöffentlichkeiten beschreiben, insofern sie nicht auf der Anwesenheit der Kommunikationspartner an einem Ort beruhen und damit eine raumunabhängige Kommunikation ermöglichen, zugleich aber trotzdem die Möglichkeit einer *wechselseitigen* Bezugnahme der Kommunikationspartner aufeinander eröffnen.

Wie lassen sich die beschriebenen Entwicklungen der Zunahme von direkten Partizipationsmöglichkeiten und von virtuellen Interaktionsöffentlichkeiten beurteilen? Die Diagnosen, die davon ausgehen, daß sich mit der Erhöhung der technischen Partizipationsmöglichkeiten zugleich das faktische Partizipationsverhalten erhöhen wird, und entsprechend eine »Electronic Republic« eine »Digital Democracy« oder eine »Hyperdemocracy« (vgl. Hagen 1996: 63) entstehen sehen, halte ich für nicht realitätstüchtig und übertrieben. Ob die direkte Partizipation der Bürger durch verbesserte technische Möglichkeiten insgesamt steigen wird, hängt entscheidend davon ab, ob die Kosten einer neuen, elektronischen Partizipation wesentlich niedriger liegen werden, als die Kosten von Partizipationsformen der Meinungsäußerung, die bis dahin schon zur Verfügung standen. Vergleicht man z. B. Aktivitäten wie Briefe an Abgeordnete schreiben mit den neuen Partizipationsmöglichkeiten, so ist es in der Tat plausibel anzunehmen, daß die materiellen Kosten und die Zeitkosten einer Meinungsäußerung per E-mail geringer sind als die Kosten anderer Formen der Meinungsäußerung. Der Unterschied im Aufwand zwischen konventionellen und neuen Partizipationsmöglichkeiten ist aber marginal. Auch für eine elektronische Partizipation gelten all die Kosten, die für die anderen Formen der direkten Partizipation gelten (vgl. zu den verschiedenen Kosten von politischer Partizipation Lindner 1990). Vor allem der erwartete geringe Effekt der eigenen Meinungsäußerung senkt die Bereitschaft, sich zu beteiligen. Insofern kann man zwar von einer Zunahme der Partizipation mit der Erweiterung des Repertoires um eine elektronische Teilhabe ausgehen, diese wird aber eher marginal bleiben; sie ist zudem gebunden an eine weitere Verbreitung der Möglichkeit, überhaupt über E-mail kommunizieren zu können. Die Szenarien, die mit der Entwicklung der neuen Medien eine neue Öffentlichkeit und eine veränderte Demokratie entstehen sehen, sind wenig wahrscheinliche Zukunftsbeschreibungen. Die Massenmedien werden auch weiterhin die relevante Öffentlichkeitsarena darstellen.

## 4. Schlußbetrachtung

Theoretische Konzeptionen von Öffentlichkeit einerseits und die Analyse von Medienbedingungen andererseits werden in unterschiedlichen Wissenschaften verhandelt. Zwischen beiden Bereichen eine Brücke zu schlagen, ist nicht einfach; dies werden die Ausführungen gezeigt haben. Zugleich scheint ein solcher Versuch aber lohnend zu sein. In den Medienwissenschaften wird recht leichtfertig mit manifesten oder latent gehaltenen Bewertungen von Medienbedingungen operiert. Die Präsentation von Politik im Fernsehen im allgemeinen und in den Programmen der privaten Anstalten insbesondere wird z. B. kritisiert, ohne daß die Gütekriterien der Kritik expliziert werden; die Entwicklung eines interaktiven Fernsehens wird mit einer fragmentierten Öffentlichkeit gleichgesetzt und beklagt, ohne daß der empirische Gehalt der Vermutung geprüft und der Geltungsgrund der Kritik ausgewiesen wird. Recht selten findet man Reflexionen darüber, wie man die Bewertungen und eingeführten Normen sinnvoll begründen kann. Von den hier vorgestellten Öffentlichkeitstheorien kann man Kriterien über Gütekriterien einer politischen Öffentlichkeit und die Möglichkeiten ihrer Legitimation erfahren. Mit ihrer Hilfe Entwicklungen des Mediensystems zu analysieren, scheint mir für das wissenschaftliche Diskursniveau förderlich zu sein. Daß ich selbst die Tradition und die Begründungen einer liberalen Öffentlichkeit als plausibler ansehe als diskursive Vorstellungen von Öffentlichkeit, dürfte dem Leser nicht entgangen sein.

## Literatur

- Ackerman, Bruce A. (1989): Why Dialogue? in: *Journal of Philosophy* 86: 5-22.  
 Ackerman, Bruce A. (1980): *Social Justice in the liberal State*. New Haven und London: Yale University Press.  
 Arato, Andrew / Cohen, Jean (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: MIT Press.  
 Barber, Benjamin (1996): Making Democracy work. A Conversation with Benjamin Barber by Bernhard Marchland, in: *The Civic Arts Review*: 4-13.  
 Benhabib, Seyla (1991): Modelle des öffentlichen Raums: Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas, in: *Soziale Welt* 41: 147-165.  
 Calhoun, Craig (Hg.) (1992): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge: MIT Press.  
 Cohen, Joshua (1989): Deliberation and Democratic Legitimacy. In: Alan Hamlin und Philip Pettit (Hg.): *The Good Polity. Normative Analysis of the State*. Cambridge: Blackwell, S. 17-34.  
 Dahlgren, Peter und Colin Sparks (Hg.) (1991): *Communication and Citizenship. Journalism and the Public Sphere*. London und New York: Routledge.  
 Dahrendorf, Ralf (1967): Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften, in: *Merkur* 12.  
 Dominick, Joseph R. (1987): *The Dynamics of Mass Communication*. New York. 2. Auflage.

- Eilders, Christiane (1996): The Role of New Factors in Media Use. Discussion Paper FS III 96-104. Wissenschaftszentrum Berlin.  
 Erbring, Lutz (1989): Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation. Journalistische Berufsnormen und politische Kultur. In: Max Kaase und Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde (Sonderheft der KZfSS 30)*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301-313.  
 Erbring, Lutz (1993): Kommentar zu Klaus Krippendorff. In: Günter Bentele und Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation. Problemfelder, Positionen und Perspektiven*. München: Ölschläger, S. 59-64.  
 Faul, Erwin (1988): *Die Fernsehprogramme im dualen Rundfunksystem*. Berlin/ Offenbach: vde.  
 Galtung, Johan und Mari Ruge (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research*, 2: 64-91.  
 Gerhards, Jürgen und Friedhelm Neidhardt (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Discussion Paper FS III: 90-101.  
 Gerhards, Jürgen (1991): Die Macht der Massenmedien und die Demokratie. Empirische Befunde. Wissenschaftszentrum Berlin. Discussion Paper FS III: 91-108.  
 Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 77-106.  
 Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 1-34.  
 German, Christiano (1996): Politische (Irr-)Wege in die globale Informationsgesellschaft, in: *Politik und Zeitgeschichte* B 32/96: 16-25.  
 Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.  
 Habermas, Jürgen (1989): Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff von Öffentlichkeit, in: *Merkur* 43: 465-477.  
 Habermas, Jürgen (1990, Orig. 1960): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.  
 Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.  
 Habermas, Jürgen (1992a): Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik in: Herfried Münkler (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. München und Zürich: Piper, S. 11-24.  
 Habermas, Jürgen (1992b): Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In: Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 632-660.  
 Hagen, Martin (1996): A Road to Electronic Democracy? – Politische Theorie, Politik und der Information Superway in den USA. In: Hans J. Kleinsteuber (Hg.): *Der »Information Superhighway«*. Amerikanische Visionen und Erfahrungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63-85.

- Hoffmann-Riem, Wolfgang und Thomas Vesting (1994): Ende der Massenkommunikation? Zum Strukturwandel der technischen Medien, in: *Media Perspektiven* 8: 382-391.
- Hölscher, Lucian (1979): Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit. Stuttgart: Klett.
- Holtz-Bacha, Christiana (1989): Verleitet uns das Fernsehen die Politik? Auf den Spuren der »Videomalaise«. In: Max Kaase und Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde* (Sonderheft der KZfSS 30). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 239-252.
- Jäckel, Michael (1994): Auf dem Weg zur Informationsgesellschaft? Informationsverhalten und die Folgen der Informationskonkurrenz. In: Michael Jäckel und Peter Winterhoff-Spurk (Hg.): *Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*. Berlin: Vistas, S. 11-34.
- Jäckel, Michael (1996): Wahlfreiheit in der Fernsehnutzung. Eine soziologische Analyse zur Individualisierung der Massenkommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried (1988): Politik und Medien im Wandel: Autonomie, Interdependenz oder Symbiose? Anmerkungen zur Theoriedebatte in der politischen Kommunikation, in: *Publizistik* 33: 619-632.
- Kaase, Max (1986): Massenkommunikation und politischer Prozeß. In: Max Kaase (Hg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 357-374.
- Kaase, Max (1989): Fernsehen, gesellschaftlicher Wandel und politischer Prozeß. In: Max Kaase und Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde* (Sonderheft der KZfSS 30). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 97-117.
- Kepplinger, Hans-Mathias (1994): Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 214-233.
- Kiefer, Marie-Luise (1982): Massenkommunikation 1964-1980. In: Klaus Berg und Marie-Luise Kiefer (Hg.): *Massenkommunikation II*. Frankfurt/M.: Nomos, S. 7-198.
- Kiefer, Marie-Luise (1996): Massenkommunikation 1995, in: *Media Perspektiven* 5: 234-248.
- Klingemann, Hans-Dieter (1986): Massenkommunikation, interpersonale Kommunikation und politische Einstellungen. Zur Kritik der These vom »Zwei-Stufen Fluß« der politischen Kommunikation. In: Max Kaase (Hg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 387-399.
- Kriesi, Hanspeter (1994): Akteure - Medien - Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 234-260.
- Krüger, Udo Michael (1989): Konvergenz im dualen Fernsehsystem? Programmanalyse 1989, in: *Media Perspektiven* 12: 776-807.

- Lindner, Clausjohann (1990): Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lippmann, Walter (1990) (Orig. 1922): Die öffentliche Meinung. Reprint des Publizistik Klassikers. Bochum: Brockmeyer.
- Luhmann, Niklas (1971): Öffentlichkeit. In: Niklas Luhmann: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-34.
- Luhmann, Niklas (1990): Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 170-182.
- Luhmann, Niklas (1995): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maisel, Richard (1973): The Decline of Massmedia, in: *Public Opinion Quarterly* 37: 159-170.
- Maletzke, Gerhard (1976): Ziele und Wirkungen der Massenkommunikation. Grundlagen und Probleme einer zielorientierten Mediennutzung. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Manin, Bernhard (1987): On Legitimacy and Political Deliberation, in: *Political Theory* 15: 338-368.
- Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoetisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Meehan, Johanna (Hg.) (1995): *Feminists Read Habermas: Gendering the Subject of Discourse*. New York und London: Routledge.
- Miller, David (1992): Deliberative Democracy and Social Choice, in: *Political Studies*, XL, Special Issue: 54-67.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-41.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42-76
- Pfetsch, Barbara (1991): Politische Folgen der Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte und Analysen zum Fernsehangebot und zum Publikumsverhalten. Baden-Baden: Nomos.
- Rawls, John (1993): *Political Liberalism*. New York: Columbia University Press.
- Schulz, Winfried (1974): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Freiburg: Alber.
- Schulz, Winfried (1987): Politikvermittlung durch Massenmedien. In: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 129-144.

- Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwerttheorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. München/Freiburg: Alber.
- Taylor, Charles (1991): Die Beschwörung der Civil Society. In: Krzysztof Michalski (Hg) Europa und die Civil Society. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 52-81.
- Taylor, Charles (1992/1993): Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? *Transit* 5-29.
- Toffler, Alvin (1973): *The Third Wave*. New York.
- Voltmer, Katrin (1991): Unterhaltung und Politik: Weniger Information wegen privater TV-Anstalten? in: *WZB Mitteilungen* 53: 8-11.
- Warren, Mark (1992): Democratic Theory and Self Transformation, in: *American Political Science Review* 86: 8-23.
- Wilke, Jürgen (1996): Multimedia. Strukturwandel durch neue Kommunikationstechnologien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/96: 3-15.